

# Forderungspapier zur Landtagswahl



*Ein Rucksack voll Hoffnung - für Münster e.V.*

## Das Problem

Die Wohnungsnot in deutschen Städten ist so hoch wie nie zuvor. Zwischen 2006 und 2016 wird von einem **Anstieg der Obdachlosigkeit um 64,8%** ausgegangen. Gleichzeitig hat sich das Profil der obdach- und wohnungslosen Bevölkerung in den letzten Jahren gewandelt, sodass verstärkt Minderheiten und Migranten sowie **Frauen und Kinder oder sogar ganze Familien** in die Bedrängnis kommen, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren. Die steigenden Mieten verschärfen diese Problematik, sodass 2018 fast 58% der von Armut bedrohten Haushalte mehr als 40% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum ausgaben, verglichen mit 10,2% der gesamten EU-Bevölkerung (Europaparlament, 2020).

Neben den alltäglichen Problemen und Gefahren von obdachlosen Menschen, werden sie immer häufiger **Opfer von Hassverbrechen und Gewalt**, einschließlich der sozialen Stigmatisierung und der gesundheitlichen Unterversorgung (Europaparlament, 2020). Verstärkt wird dieser Faktor durch **Drogen- und Alkoholmissbrauch**. In Deutschland sind mehr als die Hälfte der Menschen ohne Obdach suchtkrank. Sie befinden sich in einem Teufelskreis und finden aufgrund der Sucht weder Arbeit noch Wohnung (Landesregierung NRW). Dies führt dazu, dass Obdachlose im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung einem drei bis viermal höheren Risiko ausgesetzt sind, vorzeitig zu sterben (Ärztblatt, 2017).

Bestehende Hilfsangebote für Obdach- und Wohnungslose Menschen setzen den Schritt in die richtige Richtung. Jedoch stellt sich das Angebot der sozialen (Gesundheits-) Hilfe und Suchtberatung derweilen häufig als unübersichtlich und für betroffene Personen als unverständlich heraus. Hinzu kommt, dass viele **Notunterkünfte städtischer Träger bereits überlastet** sind und zum Teil **unwürdige Verhältnisse** aufweisen, bezogen auf den eingeplanten Platz pro Person und das mitunter daraus resultierende Verhalten der Hilfesuchenden untereinander.

Von Seiten des Stadtrates Münster soll diese Problematik als Teil des **“Handlungskonzept Wohnen”** (HKW) aufgegriffen werden. Geplant ist eine **jährliche Förderung von mindestens 300 Sozialwohnungen** und somit die Verbesserung der Wohnsituation einkommensschwacher Haushalte. Dies soll durch einen vorgeschriebenen **60%igen Anteil an Sozialwohnung bei jedem neuen Bauprojekt** auf von der Stadt veräußerten Grundstücken erreicht werden ([stadt-muenster.de](http://stadt-muenster.de))

Unabhängig davon bilden sich Initiativen, um gegen die wachsende Problematik der Wohnungs- und Obdachlosigkeit anzukämpfen. So konnte durch Dach überm Kopf e.V. bereits in 3 Wohnungen zu je 10.000 € im Rahmen von Housing First investiert werden. Weitere 120.000 € an finanziellen Mitteln stehen für diesen Zweck zwar bereit, können

aufgrund des angespannten Immobilienmarktes aber nicht sinnvoll investiert werden (Beschlussvorlage Stadtrat Münster).

Auf lange Sicht ist somit noch nicht klar, wie die zunehmende Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Münster und in deutschen Städten generell bewältigt werden kann. Dem steht ein Beschluss der aktuellen **Bundesregierung** gegenüber, welche das **Ende dieser Problematik im Jahr 2030** sieht. Wir finden, bis dahin ist noch viel zu tun!!!

## Das Ziel

Das Ziel dieser Debatte sollte es sein, Wohnungs- und Obdachlosen noch stärker unter die Arme greifen zu können, indem neue Hilfsangebote geschaffen werden und bestehende Angebote ausgebaut werden. Dabei ist die ausreichende Kommunikation und Bekanntmachung der Angebote mitzudenken, um eine niederschwellige Übersicht zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt sollte vor allem die **Ausweitung der Plätze und die Vereinheitlichung der Standards in den Notunterkünften** stehen. Außerdem sollte ein stärkerer Fokus auf die **gesundheitliche Versorgung von obdach- und wohnungslosen Personen** gelegt werden. Hierbei ist vor allem an eine enge Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Suchtberatern zu denken. Aber auch Personen aus anderen Bereichen, wie der Sozialarbeit oder der Immobilienwirtschaften, sollte miteinbezogen werden.

Gleichermaßen sind langfristige Wiedereingliederungsmöglichkeiten für auf der Straße lebende Personen zu schaffen. Dafür müssen **Arbeits- und Beschäftigungsangebote gestärkt** und die **Orientierung an "Housing First"** verinnerlicht werden.

Neben der Errichtung neuer Schlafplätze oder dem **Bau von Sozialwohnungen** ist außerdem die **Wohnraumsicherung und -prävention** gegenüber einer urbanenvieler Stadtbezirke ein zentraler Punkt. Keine Einzelperson und vor allem keine Familie darf heutzutage mehr die Wohnung aufgrund von finanzieller Knappheit oder eines Investitionsvorhabens des Vermieters verlieren.

Grundsätzlich muss in vielerlei Belangen die Strukturen für Obdach- und Wohnungslose und für diejenigen, welche davon gefährdet sind, ausgebaut werden. Dies startet bei der Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen, wie dem Ausbau von Tafeln und Notschlafplätzen. Parallel dazu sind mittelfristige Angebote, wie die Beratung von Suchtkranken, aufzubauen um langfristig die Hilfsbedürftigkeit der betroffenen Personen zu reduzieren, bspw. durch "Housing First".

## Die Lösung

1. Qualitätsstandards in bestehenden Notunterkünften rechtlich definieren
2. Sozialen Wohnungsbau und Housing First umfassender finanzieren
3. Angebot an Notunterkünften erweitern
4. Wohnraumsicherung und -prävention stärken
5. Arbeits- und Beschäftigungsangebote stärken
6. gesundheitliche Versorgungsangebote ausbauen
7. Übersicht über Hilfen verbessern
8. interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter:innen und Helfer:innen aus verschiedenen Bereichen ermöglichen (Suchtberater:innen, Immobilienkaufleute)

## Unsere Forderungen an die Politik

### Im Bezug auf Hilfsangebote fordern wir...

...den **Ausbau von offenen und für jeden zugänglichen Begegnungsstätten und Ausgabestationen** für Wohnungs- und Obdachlose, sowie Menschen in der Vereinsamung oder anderen prekären Lebenssituation in den Quartieren, um eine größtmögliche Anzahl an betroffenen Menschen zu erreichen.

...den **bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Unterstützungsangeboten**, welche sich den Bedingungen und Lebensumstände einzelner Personen anpasst und auf diese eingeht.

...**spezielle Angebote** für Frauen, Haustierbesitzer:innen, queere Menschen und Menschen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit.

...eine **besondere Unterstützung von wohnungslosen Familien**, insbesondere Jugendlichen und Kindern.

...**Unterstützung für die Integration von Obdachlosen in den Arbeitsmarkt** durch Beschäftigungsprogramme, Schulungen und anderen maßgeschneiderten Angeboten.

...eine bessere **Kommunikation bzw. Übersicht der bestehenden Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten** für Obdach- und Wohnungslose, insbesondere mit und für die betroffenen Personen.

...den **Ausbau von Notschlafunterkünften und ein Konzept für universelle Standards** dieser Einrichtungen (z.B. Platz pro Person), um eine menschenwürdige Unterbringung für jede betroffene Person garantieren zu können.

### Bezogen auf den sozialen Wohnungsbau und den Mietverhältnisse fordern wir...

...eine **Regulierung der Mietpreise** durch eine wirksame Methode der Mietpreisbremse und eine **Erhöhung des Wohngeldes**, damit Wohnen nicht zum Luxus wird.

...ein **Verbot der Zwangsräumung in die Wohnungslosigkeit**, um Wege in die Obdachlosigkeit zu schließen.

...die **Verstärkung der Gemeinnützigkeit bei der Wohnraumversorgung** in Form einer Regelung, die einen **bestimmten Anteil sozial gebundener Wohnungen wohnungslosen** Menschen zur Verfügung stellt.

...die **Verankerung der sozialen Wohnungsvermittlung nach der Methode "Housing First"** in der Bekämpfung der Obdachlosigkeit und eine darauf ausgerichtete Institutionalisierung der Beratungsangebote.

### Bezogen auf die medizinische Versorgung für Wohnungs- und Obdachlosen fordern wir...

...eine **Erweiterung der Finanzierung und einen Mindeststandard für die medizinischen Versorgung** von obdach- und wohnungslosen Personen ohne Krankenversicherung.

...den **Aufbau von Stationen der medizinischen Versorgung für bedürftige Personen** (Krankenstuben), um niedrigschwellig und ambulant kranken und verletzten Menschen helfen zu können.

...einen **niederschweligen Zugang zu medizinischen Spezialisten**, insbesondere zu Psycholog:innen und Psychiater:innen sowie zu Zahnärzt:innen.